

Beschlusspapier der Fraktion anlässlich der Frühjahrsklausur in Brüssel

Resolution

Für eine gute Zukunft in einem starken Europa

Die europäische Einigung ist eine wertvolle Errungenschaft für Rheinland-Pfalz. Denn nur ein starkes Europa garantiert Grundrechte und Demokratie. Nur ein starkes Europa garantiert Sicherheit und soziale Absicherung in Zeiten von Globalisierung. Nur ein starkes Europa garantiert Frieden. Nur ein starkes Europa garantiert Klima- und Umweltschutz.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Werden Nationalismus und Ausgrenzung in Europa wieder einen Platz haben? Wie können in Zeiten einer zunehmenden Globalisierung wichtige Fragen der Digitalisierung, der sozialen Absicherung, des Klimaschutzes europäisch in einer starken Gemeinschaft gelöst werden? Hierzu sind große Antworten gefragt, wie die von Emmanuel Macron, die in ihrer Tragweite der EU gerecht werden.

Wir GRÜNE stehen dafür, das Versprechen Europas zu erneuern: Dafür müssen die Stärken der Europäischen Union aber deutlich ausgebaut werden. Wir müssen wieder auf echte europäische Lösungen setzen. Wir müssen an einer demokratischen Stärkung der EU und an echtem Zusammenhalt arbeiten. Wir müssen die Zukunft Europas in die Hand nehmen, um die Europäische Union zu stärken.

Rheinland-Pfalz braucht ein starkes Europa

Als Bundesland können wir viele Herausforderungen unserer Zeit nicht alleine lösen. Klimawandel, Migration, Digitalisierung, Globalisierung, Finanzkrisen sind Herausforderungen, die wir nur gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn bewältigen können.

Gerade in Rheinland-Pfalz wissen wir zu schätzen, dass wir nun schon seit über 70 Jahren friedlich und freundschaftlich mit unseren Nachbarn zusammenleben. Was für unsere Eltern, Groß- und Urgroßeltern unvorstellbar war, ist für uns heute selbstverständlich geworden. An diese Zeiten von Krieg, Tod und Zerstörung erinnern uns in Rheinland-Pfalz viele eindruckliche Mahnmale, wie der „Grüne Wall im Westen“.

Die Europäische Union bildet für Frieden in Europa seit über 60 Jahren einen unverzichtbaren Rahmen. Wir sind immer stärker wirtschaftlich, kulturell und politisch zusammengewachsen. Europa verdanken wir Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Diese Errungenschaften sind jedoch heute mehr in Gefahr denn je. Reaktionäre Rechtspopulist*innen und Rechte Kräfte wollen zurück ins nationale Schneckenhaus. Aber die Vergangenheit Europas hat gezeigt, dass die Zukunft unseres Kontinents nur in einer stärkeren Integration der Mitgliedsstaaten, in einer Stärkung des Versprechens Europa liegen kann: Wir wollen ein ökologisches, demokratisches und soziales Europa, das Frieden und Wohlstand bewahrt.

Wir GRÜNE werden Europa vor den Angriffen der Nationalist*innen schützen. Wir wollen die Europäische Union noch demokratischer, sozialer und ökologischer machen.

Wir Bürger*innen brauchen ein starkes und soziales Europa

Die Menschen in Rheinland-Pfalz profitieren von der Europäischen Union. Sie können frei innerhalb der Schengen-Grenzen reisen. Sie können sich in jedem Mitgliedsland der EU eine Wohnung und eine Arbeit suchen. Mit der europäischen Krankenversichertenkarte können gesetzlich Versicherte in allen EU-Ländern behandelt werden. Dank der EU kostet das mobile Roaming im Mobilfunk in anderen Mitgliedsländern nicht mehr als Zuhause. Durch die Datenschutzgrundverordnung sind europäische Verbraucher*innen nicht mehr machtlos gegen die Internetgiganten Google, Facebook und Co. Europäische Regelwerke, die wir mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz in deutsches Recht übersetzt haben, geben einen starken Rahmen gegen Rassismus und für die Gleichstellung der Geschlechter. Und tausende Studierende und Auszubildende erhalten jedes Jahr die Möglichkeit, im europäischen Ausland gemeinsam mit anderen Europäer*innen zu lernen.

Der Hambacher Wald wurde dank des europäischen Naturschutzrechts vor Gericht gerettet – ein Zeichen für den Klima- und Naturschutz. Die umfangreiche Wasserrahmenrichtlinie schützt unsere Flüsse und unser Trinkwasser. Durch die europäische Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie konnten zahlreiche gefährdete Biotope und Arten unter Schutz gestellt werden. Und während die Bundesregierung nichts gegen die Plastikflut unternimmt, hat die EU-Kommission Einwegplastik den Kampf angesagt.

Das europäische Versprechen auf soziale Sicherheit und Wohlstand muss aber erneuert werden. Europa muss mehr sein als ein wirtschaftliches Einigungsprojekt. Es muss die soziale Absicherung der Menschen in der Europäischen Union ernst nehmen. Schon jetzt ist die soziale Ungleichheit innerhalb Europas und innerhalb der Mitgliedsstaaten zu groß. Das können wir nicht hinnehmen.

Deshalb müssen die wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts mit den sozialen Rechten gleichgestellt werden. Die Antwort auf eine wirtschaftliche Globalisierung kann nur die Ausweitung der sozialen Rechte jeder und jedes Einzelnen sein. Wir brauchen einen europäischen Rahmen für eine Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten, wie eine Mindestlohnrichtlinie und gemeinsame und verbindliche Regeln für Rente, Arbeitslosigkeit und Gesundheit.

Das Steuer- und Sozialversicherungsrecht muss dabei so gestaltet werden, dass es mobile Arbeitnehmer*innen stärkt. Arbeitnehmer*innen, die sich für eine Arbeit in einem anderen Land entscheiden, dürfen deshalb keine Nachteile erleiden.

Unternehmen müssen in der EU einheitlich und fair besteuert werden und dort ihre Steuern entrichten, wo sie anfallen. Dazu braucht es länderbezogene Steuertransparenz von Großunternehmen und eine am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer, um das Steuerdumping digitaler Konzerne wie Amazon zu unterbinden. Wir müssen auch Ländern, denen es wirtschaftlich weniger gut geht ermöglichen in die Zukunft zu investieren: In Bildung, grüne Technologien für Klimaschutz und eine gute Infrastruktur, wie Schulen und den ÖPNV.

Das Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl beantragen müssen, das sie zuerst betreten haben, ist ungerecht, wirkungslos und gescheitert. Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU tragen dabei die größte Last. Was wir brauchen ist eine Reform des Systems, die eine faire Verteilung der Geflüchteten in Europa ermöglicht.

Die kulturelle Integration ist eine zentrale Aufgabe der Zukunft. Nur so können junge Menschen voneinander lernen. Ob an insgesamt knapp 60 Europaschulen in Rheinland-Pfalz, über Jugendaustausche und Kommunale Partnerschaften oder das Programm ERASMUS+: Die Menschen finden nur über diesen direkten Austausch zusammen. Dieser muss in Zukunft deutlich gestärkt werden.

Das Klima braucht ein starkes Europa

Die Klimakrise ist eines der größten Sicherheitsrisiken dieser Welt. Klimaschutz ist deshalb nicht nur Umweltpolitik. Klimaschutz ist Sicherheitspolitik, denn die Klimakrise verschärft Konflikte. Klimaschutz ist Menschenrechtspolitik, denn die grundlegenden Rechte auf Leben und Nahrung sind nicht nur im Globalen Süden, sondern beim fortschreitenden Klimawandel auch in Europa gefährdet. Klimaschutzpolitik ist aber auch Industriepolitik, denn grüne Technologien sind die Jobs der Zukunft. Das Versprechen Europas auf Frieden und Wohlstand wird in Zeiten eines rasant fortschreitenden Klimawandels mit verheerenden Folgen nur einlösbar sein, wenn Klimaschutz europäisch gedacht wird. Mit mehr als 1,1 Millionen Jobs in der EU, davon über 300.000 in Deutschland und insgesamt 10.000 Jobs in Rheinland-Pfalz, sind Erneuerbare Energien ein Jobmotor.

Wir wollen eine klimaneutrale EU als Treiber für eine weltweite Energiewende. Oft genug ist Deutschland in den letzten Jahren Bremse bei ambitionierten Klimaschutzzielen gewesen. Wir wollen, dass die europäischen Klimaschutzziele ambitionierter und verbindlicher werden. Um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten und den für den Menschen gefährlichen Klimawandel auf unter 2° C zu begrenzen, müssen bis 2030 45 Prozent unserer Energie (Strom, Wärme, Mobilität) erneuerbar sein. Dafür ist ein europaweiter Kohleausstieg unverzichtbar.

Gerade wir in Rheinland-Pfalz wissen, was es heißt, in der Nähe von hochgefährlichen Atomkraftwerken zu leben. Für ein Ende dieser hochgefährlichen Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen abgewälzt werden, setzen wir uns europaweit ein. Risiko-AKW für Rheinland-Pfalz wie die französischen Reaktoren Cattenom und Fessenheim oder das belgische Tihange müssen unverzüglich abgeschaltet werden. Um das zu erreichen, fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer Ebene, das es Bürger*innen und Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe AKW zu nehmen. Dafür muss auch der längst überholte EURATOM-Vertrag reformiert werden. Weg von Privilegien für die Atomkraft, hin zu einer Kernaufgabe des Vertrags beim AKW-Rückbau und der Entsorgung von Atommüll mitsamt transparenter Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung bei der Endlagersuche.

Treibhausgase müssen einen wirksamen Preis bekommen, damit die Reduktion von Treibhausgasen einen stärkeren ökonomischen Anreiz bekommt. Dafür wollen wir die Anzahl der Emissionszertifikate reduzieren und das derzeitige Überangebot von Zertifikaten beenden. Wir wollen für Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen, einen deutlich höheren Mindestpreis für CO₂-Emissionen festlegen, der den Unternehmen Planungssicherheit für nachhaltige Investitionsentscheidungen gibt. Damit bekommt die Energiewende vor Ort in Rheinland-Pfalz weiter Rückenwind.

Europa braucht ein Verkehrssystem, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird – ein System, das unsere Lebensqualität steigert. Steigende CO₂-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide sowie Feinstaub beeinträchtigen die Gesundheit besonders von Kindern und kranken Menschen. Es ist gerade auch diese Bundesregierung,

die in Brüssel versucht, die CO₂-Grenzwerte für Autos zu verwässern, dabei hilft Diesel-Trickserien der Konzerne zu vertuschen und strengere Abgastests zu blockieren. Damit wir es schaffen, im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens den Verkehr bis 2050 nahezu klimaneutral zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass ab 2030 nur noch solche Fahrzeuge neu zugelassen werden, die emissionsfrei angetrieben werden.

Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa vor allem auf der Schiene noch mehr zusammenwachsen. Das europäische Eisenbahnnetz ist noch immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Im europäischen Bahnverkehr brauchen wir unter anderem ein einheitliches Ticketsystem und einen deutlichen Ausbau des Schienennetzes, um den Flickenteppich nationaler Fahrkarten zu beenden und den grenzüberschreitenden Bahnverkehr attraktiver zu machen.

Auch die Landwirtschaft trägt nach wie vor in erheblichem Maß zum Klimawandel bei. Sie ist gleichzeitig ein wichtiger Partner beim flächendeckenden Erhalt unserer Artenvielfalt. Wir wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den Zielen der EU in der Klima-, Umwelt-, Verbraucher*innen- und Entwicklungspolitik. Wir wollen eine landwirtschaftliche Förderung in der EU, die die positive Entwicklung in Rheinland-Pfalz hin zu 20 Prozent und mehr ökologischer Landwirtschaft deutlich unterstützt. Und so eine Landwirtschaft fördern, die klima- und naturverträglich hochwertige Produkte erzeugt. Wir wollen, dass sich die gemeinsamen Ziele des Natur- und Umweltschutzes auch in der europäischen Agrarpolitik widerspiegeln.

Unsere Kommunen brauchen ein starkes Europa

Europa ist lebendig vor Ort in unseren Kommunen. Hier werden viele europäische Projekte umgesetzt, hier findet vor allem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit statt, hier kommen Menschen in Partnerschaft zusammen.

Europa muss auch hier seinen Versprechen gerecht werden. Wir wollen eine europäische Förderung, die schwächere Regionen besonders fördert. Wir brauchen eine zielgerichtete Förderung, die sich am sozialen Zusammenhalt, an der Geschlechtergerechtigkeit, der öffentlichen Infrastruktur und ökologischen Zielsetzungen orientiert.

Die Förderpolitik muss aber die Vielfalt ländlicher Regionen in Europa abbilden und den Regionen bei der Mittelverwendung möglichst viel Entscheidungsfreiheit lassen. Regionalfonds bieten den Regionen die Chance, ihre jeweiligen Herausforderungen zielgerichtet anzugehen. Eine zentrale Rolle kommt dabei der regionalen Daseinsvorsorge zu, die besonders gefördert werden muss.

In den Euregios Oberrheinregion, mit dem PAMINA-Eurodistrikt, und „Großregion“ wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und seinen Nachbarregionen in Frankreich, Luxemburg und Belgien gelebt. Mit täglich mehr als 219.000 Grenzpendler*innen weist die Großregion die höchste grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmer*innen in der EU auf. Die INTERREG-Programme der EU wollen wir weiter stärken. Die Euregios und Eurodistrikte brauchen mehr Flexibilität. Sie sollen in die Lage versetzt werden, die Trägerschaft von grenzüberschreitenden Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder Gesundheitseinrichtungen zu übernehmen und grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr zu betreiben.



Wir wollen die kommunale Daseinsvorsorge auch vor Deregulierung und Privatisierung schützen. Hier muss die EU an der Seite der Kommunen und nicht der Investoren stehen. Bei Handelsabkommen der EU mit anderen Wirtschaftsräumen brauchen wir Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche Risiken, die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können, und eine strikte Einhaltung des europäischen Vorsorgeprinzips.

Einsetzen für ein starkes Europa

Europa steht vor wichtigen Weichenstellungen und die Zukunft Europas wird bei den kommenden Europawahlen entschieden. Deshalb rufen wir alle Rheinland-Pfälzer*innen dazu auf, ihre Stimme bei den Europawahlen am 26. Mai 2019 abzugeben und das Schicksal Europas nicht den Europafeinden zu überlassen.